

Antrag 7/1/2018

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Stärkung des Ehrenamtlichen Engagements

Die SPD setzt sich auf allen politischen Ebenen für die Stärkung des Ehrenamtes ein und zwar für das Ehrenamt, welches sich in Notsituationen für andere uneigennützig einsetzt. Ansatzpunkte dieser Förderung sind insbesondere die Stärkung der Vereinbarkeit von Beruf, Privatleben und Ehrenamt, die Schaffung von finanziellen und nicht-finanziellen Anreizen für den Eintritt in ein Ehrenamt sowie die Schaffung von Anreizen zur Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit für Unternehmen. Zudem ist auf eine größere gesellschaftliche Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit hinzuwirken.

Hierzu verfolgt die SPD auf den jeweilig zuständigen politischen Ebenen folgende Lösungsansätze:

Anreize für Arbeitgeber zur Freistellung von ehrenamtlich Tätigen

- Auszeichnung von Betrieben für Ehrenamtsfreundlichkeit
- Anhebung von Entschädigungssatzungen für die Abstellung von Mitarbeitern auf kommunaler und auf Landesebene
- Stärkere Förderung von Führerscheinen bei Angestellten

Anreize zur Gewinnung von Ehrenamtlichen

- Nutzung der BufDi-Förderung oder der Finanzierungsmittel des Freiwilligen Sozialen Jahres für Ehrenamtler, die sich langfristig verpflichten.
- Stärkere Förderung von Führerscheinen
- Finanzierung zusätzlicher (Erholungs-)Urlaubstage für Feuerwehrmitglieder analog zum Kostenersatz bei Bildungsfreistellung
- Erhöhung der Entschädigungssatzungen für ehrenamtlich Tätige
- Vergleich zwischen den Entschädigungssatzungen unterschiedlicher Kommunen über den Landes- bzw. Bundesfeuerwehrverband – Entwicklung von Best-Practices
- Rentenpunkte für Ehrenamtler
- Anrechenbarkeit von ehrenamtlicher Tätigkeit bei Zugangsvoraussetzungen zu Hochschulen, Ausbildungen o.Ä.

Vereinbarkeit Familie und Ehrenamt

- Vergünstigter Zugang zu sozialen und kulturellen Einrichtungen auch für die Familien und Angehörigen
- Kooperationen mit anderen Einrichtungen und Gewerbetreibenden vor Ort (ggf. in Verbindung mit Auszeichnungssystem zur Ehrenamtsfreundlichkeit)

Der UBV wird beauftragt in Vorbereitung der weiteren Beratungen des Antrags auf dem Landesparteitag die Formulierungen

17.03.2018 UB-PARTEITAG IN LUCKENWALDE

zur Förderung von Führerscheinen zu präzisieren.